

Schneider, Friedrich; Wagner, Alexander

**Working Paper**

## Korporatismus im europäischen Vergleich: Förderung makroökonomischer Rahmenbedingungen?

Working Paper, No. 0015

**Provided in Cooperation with:**

Johannes Kepler University of Linz, Department of Economics

*Suggested Citation:* Schneider, Friedrich; Wagner, Alexander (2000) : Korporatismus im europäischen Vergleich: Förderung makroökonomischer Rahmenbedingungen?, Working Paper, No. 0015, Johannes Kepler University of Linz, Department of Economics, Linz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/73296>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**Buchbeitrag für**

**„Internationale Unternehmenskonzentration: Konsequenzen für den  
Standort Österreich“**

herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik

**Korporatismus im europäischen Vergleich: Förderung  
makroökonomischer Rahmenbedingungen?**

von

Friedrich Schneider \*)

und

Alexander Wagner \*\*)

---

\*) o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider, Vizerektor für Auslands- und Außenbeziehungen, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz, Tel.: 0043-732-2468-210, Fax: 0043-732-2468-209, E-mail: [friedrich.schneider@jk.uni-linz.ac.at](mailto:friedrich.schneider@jk.uni-linz.ac.at), <http://www.economics.uni-linz.ac.at/Members/Schneider.htm>

\*\*) MMag. Alexander Wagner, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz, [alexander.wagner@jk.uni-linz.ac.at](mailto:alexander.wagner@jk.uni-linz.ac.at)

## 1. Einleitung

Das institutionelle Arrangement eines Landes ist zu einer Standortfrage und zu einer Frage der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit einer Ökonomie geworden. Ein stabiles und günstiges makroökonomisches Umfeld ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen. Gerade im Hinblick auf die internationale Unternehmenskonzentration kommt der Frage, wie Länder ihre Wirtschaftssysteme, aber auch deren Verbindung zur politischen Sphäre gestalten sollen, entscheidende Bedeutung zu. Erstens erlaubt die höhere Mobilität von Produktionsfaktoren Unternehmen sehr schnell, Arbitragemöglichkeiten auszunützen. Zweitens spielt bei längerfristigen Projekten die Frage der zu erwartenden Stabilität eine entscheidende Rolle. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem langfristigen Wirtschaftswachstum, weswegen dieses auch in das Zentrum dieses Beitrags gerückt wird. Andere wichtige wirtschaftliche Indikatoren werden in dieser Arbeit u.a. aus Platzgründen nur am Rande behandelt.

In Österreich hat die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft (WSP) eine lange Tradition. Allerdings ist sie in letzter Zeit zunehmend kritisiert worden. Dieser Beitrag veranschaulicht, daß im europäischen Vergleich jene Länder, die sozialpartnerschaftliche oder ähnliche, sogenannte korporatistische Arrangements etabliert haben, langfristig höheres Wirtschaftswachstum hatten. Kapitel 2 gibt einen kurzen Überblick über die internationale relative Performance Österreichs hinsichtlich des langfristigen Wirtschaftswachstums. Danach wenden wir uns in Kapitel 3 einer kurzen Beschreibung der wesentlichen Strukturelemente der WSP zu, auf die aufbauend in Kapitel 4 zwei theoretische Modelle zum Verständnis der Rolle der WSP und ähnlicher Systeme im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum intuitiv dargestellt werden. Kapitel 5 beschreibt die Daten, Methodologie und Ergebnisse der empirischen Untersuchung, die sich vorwiegend der Frage der langfristigen Effekte des Korporatismus in der EU widmet. Kapitel 6 zeigt schlaglichtartig weitere Ergebnisse für ausgesuchte wirtschaftliche Indikatoren. Kapitel 7 faßt die wichtigsten Erkenntnisse zusammen.

## 2. Die österreichische Performance im internationalen Vergleich: Ein erster Blick auf die Daten

Wir beginnen mit einer Übersicht, wie Österreich in den letzten Jahrzehnten im internationalen Vergleich wirtschaftlich gesehen abgeschnitten hat. Dabei beschränken wir uns bewußt auf zwei Aspekte: Wirtschaftswachstum und Attraktivität des Landes für Unternehmen.

### 2.1. Wirtschaftswachstum

**Tabelle 1 Durchschnittliches Pro-Kopf-Wachstum des realen BIP in % 1960-1999**

Land	Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen BIP pro Kopf in%								
	1960-73	1973-79	1979-89	1989-95	1960-89	1996	1997	1998	1999
Australien	.	.	3,3	2,7	2,2	3,6	3,1	3,2	3,4
Belgien	4,4	2,1	1,8	1,3	3,1	1,5	2,7	2,6	2,8
Dänemark	3,6	1,6	1,3	1,6	2,5	3,4	3,0	2,7	2,7
Deutschland	3,7	2,5	1,9	1,3	2,7	1,4	2,2	2,5	2,8
Finnland	4,5	1,8	3,2	-1,1	3,5	3,6	5,9	3,5	3,4
Frankreich	4,4	2,2	1,6	0,8	3,0	1,5	2,4	2,9	3,0
Italien	4,6	3,0	2,3	1,1	3,5	0,7	1,5	2,3	2,7
Japan	.	.	3,8	2,1	5,6	3,9	0,9	.	1,3
Kanada	.	.	2,9	1,3	3,1	1,2	3,8	3,2	2,8
Neuseeland	.	.	1,8	2,4	1,2	2,8	2,2	2,7	3,1
Niederlande	3,6	1,9	1,3	1,8	2,3	3,3	3,3	3,8	3,1
Norwegen	.	.	2,1	3,2	3,6	5,3	3,5	5,3	3,0
Österreich	4,3	3,0	2,0	1,3	3,1	1,6	2,5	2,8	2,7
Schweden	3,4	1,5	1,8	-0,1	2,5	1,3	1,9	3,0	2,8
Schweiz	3,0	-0,1	1,7	-0,5	2,0	-0,2	0,7	1,7	2,0
United Kingdom	2,6	1,5	2,2	0,7	2,2	2,2	3,3	2,3	2,1
USA	2,7	1,6	1,5	0,9	2,1	2,8	3,8	2,9	2,2
EU 15-Schnitt	4,0	2,1	2,0	1,1	2,7	1,7	2,6	2,8	2,8
OECD-Schnitt	3,7	1,9	1,7	0,9	.	.	.	.	.

Quelle: Guger (1998), IMF (1999). Die Werte für 1998 und 1999 sind Schätzungen.

Die österreichische ökonomische Erfolgsgeschichte (zum Folgenden vgl. Guger (1998)) begann nach dem zweiten Weltkrieg, als Österreich noch eine sehr geringe Produktivität hatte. In den 50er und 60er Jahren wurde dieser „Technologie-Gap“ allerdings überwunden, was gemeinsam mit einem Boom im Bausektor zu rapidem Wirtschaftswachstum führte.

Im internationalen Vergleich schnitt Österreich besonders gut in Krisenzeiten ab, insbesondere in der Zeit nach der ersten Ölkrise. In obiger Tabelle erkennt man, daß Österreich überhaupt eine der höchsten Wachstumsraten hatte. Als ersten Interpretationsansatz hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der WSP kann man hier anführen, daß diese in dieser Zeit ihre besondere Eignung bewies, stabilisierend und ausgleichend zu wirken. Während die anderen Länder einen starken Einbruch des Wachstums und ein Ansteigen von Inflation und Arbeitslosigkeit erlebten, reagierte Österreich mit einer expansiven Strategie und überließ die Eindämmung der Inflation der WSP. Das Ergebnis: Eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3% in den Jahren 1973-1979 gegenüber einem EU-Schnitt von 2,1% (Dänemark: 1,6%, Niederlande: 1,9%).

Nach der zweiten Ölkrise war die Reaktion weit weniger expansiv (Guger 1998). Dies läßt sich einerseits auf das ungünstige internationale Umfeld zurückführen, andererseits auf die Verstaatlichtenkrise. Das BIP-Wachstum lag in der Zeit 1979-1989 im EU-Schnitt. Belgien wuchs etwas schneller, Dänemark und Holland etwas langsamer.

In den 90er Jahren war nach einem anfänglichen Boom durch die deutsche Wiedervereinigung angefangen durch die restriktive Geldpolitik der Bundesbank, die zu einer Aufwertung des Schillings führte, sowie durch Maßnahmen vieler europäischer Länder, die Budgetdefizite und Verschuldungsquoten zu reduzieren, nur ein relativ geringes Wachstum möglich. In obiger Tabelle ist klar erkennbar, daß Österreich in den Jahren 1996 bis 1998 ein im EU-Schnitt meist unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte. Demgegenüber lagen etwa die Niederlande um bis zu 1% über dem EU-Schnitt.

## **2.2. Attraktivität**

Im „World Competitiveness Yearbook“ (IMD 1999) werden derzeit 47 Länder hinsichtlich ihrer Fähigkeit analysiert, für Unternehmen ein wettbewerbsorientiertes und –fähiges Umfeld zu schaffen. Für diese Beurteilung werden 288 verschiedene Kriterien verwendet. 2/3 der darin enthaltenen Daten stammen aus internationalen und regionalen Statistiken. 1/3 der Daten werden in einem „executive survey“ mit 4160 Beteiligten erarbeitet. Eines dieser Kriterien, die auf dem Weg der Befragung ermittelt werden, ist ein Ranking der Länder nach der wahrgenommenen Attraktivität des Landes im Ausland. Die folgende Tabelle 2 gibt die Ran-

kings für einige Länder für die Jahre 1994 bis 1999 wieder. Niedrigere Zahlen bedeuten höhere Attraktivität.

**Tabelle 2 Image eines Landes im Ausland und Korporatismus**

Land	Ranking: Image of the country abroad (Ranking)					
	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Australien	14	14	25	19	24	19
Belgien	27	25	26	32	29	32
Dänemark	1	1	9	7	8	6
Deutschland	25	17	13	20	22	13
Finnland	24	10	24	17	17	11
Frankreich	17	23	27	34	32	27
GB	15	21	22	21	18	23
Italien	37	38	42	44	39	39
Japan	39	36	30	29	27	29
Kanada	4	6	7	8	3	5
Neuseeland	3	2	4	3	7	7
Niederlande	6	3	10	10	5	4
Norwegen	11	7	15	13	16	18
<b>Österreich</b>	<b>2</b>	<b>15</b>	<b>18</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>15</b>
Schweden	12	8	12	16	11	20
Schweiz	10	13	14	23	21	16
USA	26	29	8	5	6	10

Quelle: IMD (1999)

Das Ranking der Attraktivität steht in positivem Zusammenhang mit dem langfristigen Wirtschaftswachstum eines Landes. Es fällt auf, daß Österreich an sich relativ gut liegt. Gegenüber manchen ähnlichen Ländern (Dänemark, Niederlande) schneidet Österreich allerdings relativ schlecht ab. Belgien ist ein Ausnahmefall und wird als relativ unattraktiv eingestuft. Bemerkenswert ist weiters, daß Österreich in den letzten Jahren im Ranking zurückgefallen ist. Festgestellt werden kann, daß es auch anderen europäischen Ländern wie Dänemark ähnlich ergangen ist, wenn auch nicht in so starkem Ausmaß. Die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft dürfte dafür aber nicht verantwortlich sein, weil sie ja über die Jahre hinweg in gleicher Form bestanden hat.

### **3. Die österreichische Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft: Ein Beispiel für eine Konflikt-Management-Institution?**

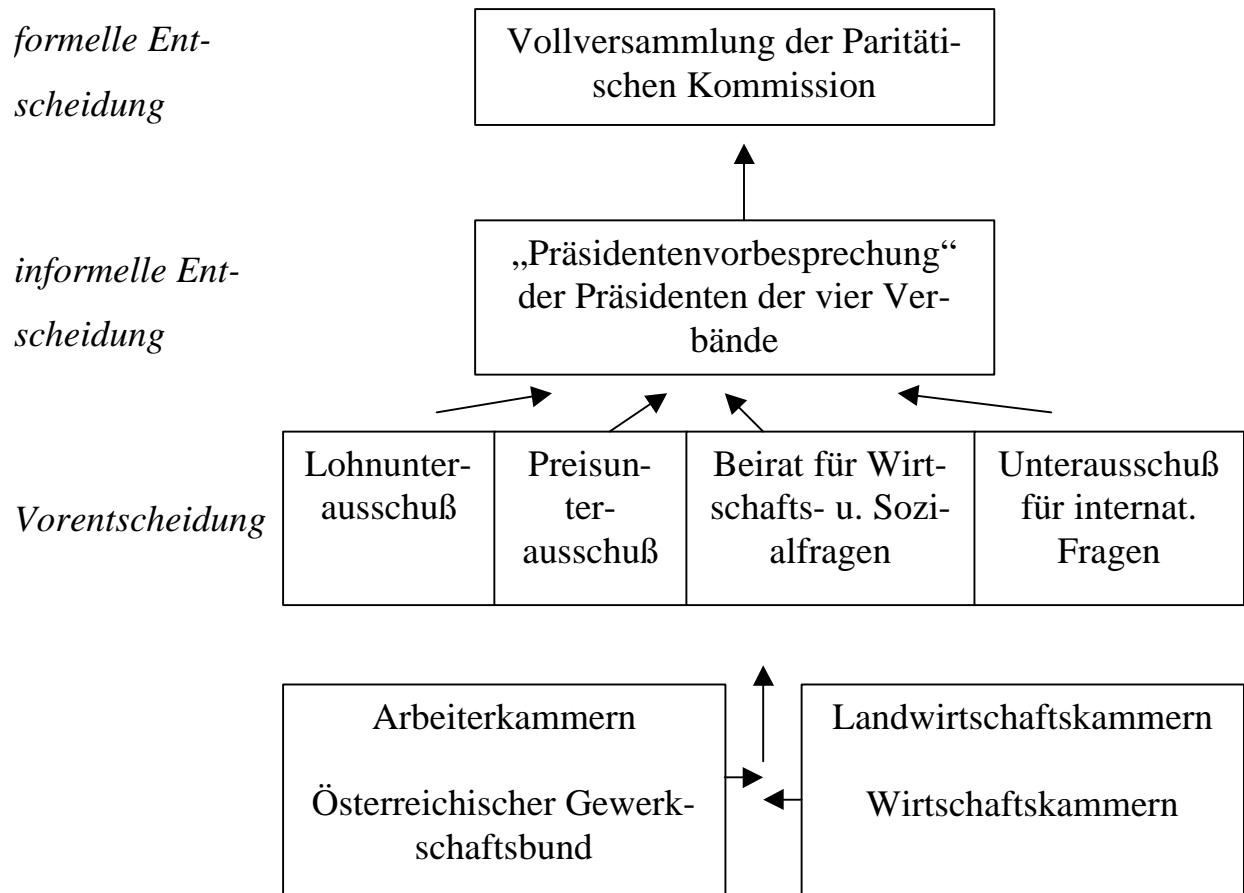
Hier soll nur sehr kurz auf die wesentlichen Strukturelemente der WSP eingegangen werden, da diese in Beziehung mit dem in Kapitel 4 dargestellten theoretischen Modell gesetzt werden können.<sup>1</sup>

Die WSP beruht weitestgehend auf dem Zusammenwirken von vier Verbänden, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer. Die Vereinigung Österreichischer Industrieller nimmt am System der WSP nur indirekt teil, indem die Repräsentanten des Verbandes in den Gremien der ihnen zugeordneten Sektion der Bundeswirtschaftskammer vertreten sind. Ein Stimmrecht steht der VÖI als Vereinigung allerdings nicht zu. Aus diesem Grund verzichtet sie auch weitgehend auf das ihr vertraglich zugestandene Kollektivvertragsrecht, das üblicherweise auch in diesem Bereich von der BWK ausgeübt wird. Auf die einzelnen Gremien braucht wegen der allgemeinen Bekanntheit nicht eingegangen zu werden. Es sei ausschließlich graphisch die aktuelle Struktur der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen dargestellt.

---

<sup>1</sup> Es gibt vielfältige historische Darstellungen (Gerlich et al. 1985). Einen der umfassendsten Überblicke gibt Gabriel (1997:57ff). Interessant ist dort der Hinweis auf Vorformen der WSP, die bereits im alten Österreich (beispielsweise im Commerz-Kollegium) aufzuspüren seien. Auch in Schneider und Wagner (1999) legen wir die historischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Entwicklung der WSP dar.

**Abbildung 1 Struktur der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen**



Quelle: Karlhofer und Tálos (1996)

Am Beginn der 90er Jahre wurden zwischen den Verbänden steigende Friktionen bemerkbar. Dies läßt sich wohl zum Teil auf den Wechsel in den Spitzen von ÖGB und Bundeswirtschaftskammer am Ende der 80er Jahre zurückführen (Karlhofer 1996: 125). Im November 1992 konnte allerdings ein Sozialpartnerabkommen abgeschlossen werden, das neben einer institutionellen Reform (insbesondere des Preisausschusses, der sich nun stärker mit Wettbewerbsfragen beschäftigt) auch ein Bekenntnis zur Fortsetzung des ständigen Dialogs und zum „internen und externen Kompromiß“ enthält (im Detail dazu Chaloupek (1995)).

Die Institution des Korporatismus ist nicht allen Ländern fremd. Vielmehr ist dieses System gerade den skandinavischen Ländern, aber auch Japan und, wenn auch abgeschwächt, Belgien und neuerdings Australien bekannt. Die verschiedenen korporatistischen Systeme zeigen Ge-



meinsamkeiten wie auch Unterschiede. Am ehesten läßt sich das österreichische Modell wohl noch mit dem schwedischen Modell vergleichen. Beide weisen folgende Merkmale auf:

1. eine kleine Zahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen
2. einen hohen Grad von Konzentration und organisationaler Zentralisation
3. einen hohen Grad vertikaler Zentralisierung in den einzelnen Interessenvertretungen (Delegation nach oben, Kontrolle nach unten)
4. die Existenz von Netzwerken der Interessenvertretungen, durch die stabile und berechenbare politische Austauschaktionen ablaufen können,
5. die Koordination und Synchronisation der sektoralen Verhandlungen durch die bundesweiten Organisationen.

Allerdings besitzt das österreichische System der WSP auch einige Besonderheiten:

1. Es hat einen umfassenderen Wirkungsbereich als der Korporatismus in anderen Ländern. Die Rolle der Sozialpartner erstreckt sich weit in die Steuergesetzgebung, die Geldpolitik<sup>2</sup>, die Budgetkonzipierung, die Umweltgesetzgebung und sogar in den Schulbereich, in die Kultur und in die Medien (Aiginger 1994: 2).
2. Zweitens verfügt Österreich mit dem Arbeitsverfassungsgesetz und den darin vorgesehenen Betriebsräten über ein außergewöhnliches Instrument des Korporatismus auch auf Mikro-Ebene, während die Gewerkschaften ja nur auf der überbetrieblichen Ebene tätig sind.
3. Das Kammersystem mit Pflichtmitgliedschaft ist ein drittes besonderes Merkmal des Austro-Korporatismus. Die Arbeiterkammer als Institution, die alle Arbeiter und Angestellten außer denen des öffentlichen Dienstes erfaßt, sticht dabei besonders hervor. Die Frage der Bedeutung und Sinnhaftigkeit der Pflichtmitgliedschaft wird in dieser Arbeit nicht näher behandelt. Sie ist keine notwendige Komponente des Korporatismus. Nur ganz kurz sei erwähnt, daß die wichtigste ökonomische Legitimation der Pflichtmitgliedschaft typischerweise in der Produktion öffentlicher Güter gesehen wird. Wenn die Kammern Aufgaben etwa im Bereich der Vorbereitung von Gesetzen oder in der Wahrung der allgemeinen Rechte der Arbeitnehmer erfüllen, entstehen dadurch Kosten, die durch die Mitglieder getragen werden müssen. Für den einzelnen ist es dann rational, nicht Mitglied solcher Interessenvertretungen zu sein, da er dann in den Genuß der Leistungen kommt, ohne zahlen zu müssen. Dieses Problem des Trittbrettfahrens wird beispielsweise an den

---

<sup>2</sup> Jedenfalls war dies bis zur Einführung des Euro der Fall.

sinkenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften deutlich. So ganz eindeutig liegt der Fall aber auch nicht. Es muß in jedem Einzelfall geprüft werden, ob es sich bei dem betreffenden Gut nicht um ein künstlich geschaffenes öffentliches Gut handelt, dessen „Privatisierung“ und Allokation über den Markt durchaus möglich ist.

4. Noch immer kann auch die besondere Verwobenheit der Kammern und des ÖGB mit den politischen Parteien ÖVP und SPÖ hervorgehoben werden.
5. Wichtig ist weiters die Abgrenzung von Pekkarinen et al. (1992), die zwei Arten des Korporatismus unterscheiden. Während beide Arten sich durch zentralisierte Lohnverhandlungen auszeichnen, weist nur jene Art, die sie als „social corporatism“ bezeichnen, eine „non exclusive and egalitarian nature“ auf. Dies trifft nach ihren Analysen auf die skandinavischen Länder zu, in denen der Konflikt institutionalisiert ist. Demgegenüber wird in der Literatur die österreichische Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft als echter Sonderfall (auch innerhalb der stark korporatistischen Länder) betrachtet, da hier kaum solidarische oder egalitäre Elemente zu verzeichnen sind. Auf der anderen Seite ist unser System durch die Institutionalisierung des Konsenses gekennzeichnet. Direkter Ausfluß dieser Unterschiede scheinen die unterschiedlich hohen Lohndifferentiale zu sein. Bei Berücksichtigung des Dienstleistungssektors ist das Lohndifferential in Österreich beinahe so hoch wie in den USA oder in Kanada und liegt damit um vieles höher als in den anderen europäischen korporatistischen Ökonomien, insbesondere den skandinavischen Ländern (Guger 1992).
6. Die Flexibilität am Arbeitsmarkt ist in Österreich relativ hoch (Biffl et al. 1987). Die Arbeitslosigkeit scheint nach diversen Analysen anders als in anderen Ländern tatsächlich eine entscheidende Rolle im Lohnbestimmungsprozeß zu spielen: Löhne reagieren auf eine zu geringe Nachfrage.
7. Schließlich ist die Wirkungsweise der WSP im Kontext des gesamten Austro-Keynesianismus zu sehen. Im wesentlichen läßt sich diese Art von Wirtschaftspolitik (die ihren Namen übrigens erst ex-post, um nicht zu sagen posthum bekam) durch folgende vier Elemente charakterisieren:
  1. Absolute Priorität für Vollbeschäftigung und Wachstum
  2. Eine expansive Fiskalpolitik zur Ankurbelung des Wachstums und der Beschäftigung (öffentliche Investitionen, Abschreibungsregeln, Zinssubventionen für private Investitionen)
  3. Hartwährungspolitik, um die importierte Inflation hintanzuhalten
  4. Eine freiwillige und dauernde Einkommenspolitik

## **4. Externe Schocks, Koordinierung und Sozialpartnerschaft: Theoretische Perspektiven**

Empirische Forschungen brauchen eine theoretische Leitidee, der sie folgen. Während vielfach mit „Ad-hoc“-Ökonometrie experimentiert wird, folgen wir dem traditionellen Ansatz, zuerst ein theoretisches Modell aufzustellen, das uns die Ableitung von Hypothesen erlaubt, die dann empirisch getestet werden. Wir stellen hier zwei verwandte theoretische Ansätze dar, welche die Bedeutung sozialpartnerschaftlicher Arrangements für makroökonomische Ergebnisse veranschaulichen. Allerdings wird auf die mathematisch-formale Präsentation verzichtet (siehe dazu etwa Wagner (2000)). Es sei darauf hingewiesen, daß ein Aspekt sozialpartnerschaftlicher bzw. allgemein institutioneller Arrangements hier nicht berücksichtigt wird: die Kosten, die durch solche Systeme entstehen. Weitere Arbeiten auf diesem Gebiet sollten versuchen, auch diesen Aspekt in wachstumstheoretischen Zusammenhängen zu modellieren.

### **4.1. WSP als Instrument der Koordinierung**

Stellen wir uns eine einfache Ökonomie vor, in der es nur Kapitalisten und Arbeiter gibt. Angenommen, die Kapitalisten investieren und die Arbeiter setzen den Lohn. Dann werden die Firmen weniger investieren, als es eine effiziente Lösung verlangen würde; würden sie nämlich viel investieren, hätten die Arbeiter einen Anreiz, die ursprüngliche Lohnvereinbarung zu kündigen und so Renten abzuschöpfen. Es wäre vorteilhaft, wenn sich die Arbeiter zu niedrigen Lohnforderungen verpflichten könnten, doch kann die Einhaltung solcher Commitments in einer freien Marktwirtschaft ohne Hilfe eines dritten Akteurs in einem statischen Kontext nicht erzwungen werden. Diese Überlegungen lassen sich leicht mit Hilfe der Spieltheorie darstellen. Es handelt sich eindeutig um ein Prisoners' Dilemma. Die folgende Abbildung gibt ein stilisiertes Beispiel in Anlehnung an Arestis und Marshall (1995), an dem die grundsätzlichen Mechanismen erläutert werden können.

**Abbildung 2** Payoff-Matrix für ein Spiel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

		Strategien der Arbeitnehmer	
		Geringe Löhne	Hohe Löhne
Strategien der Arbeitgeber	Hohe Investitionen	A: geringe Arbeitslosigkeit, geringe Inflation ( $A_A, F_A$ )	B: geringe Arbeitslosigkeit, hohe Inflation ( $A_B, F_B$ )
	Geringe Investitionen	C: hohe Arbeitslosigkeit, geringe Inflation ( $A_C, F_C$ )	D: hohe Arbeitslosigkeit, potentiell hohe Inflation ( $A_D, F_D$ )

Es gilt:  $A_B \geq A_A > A_D \geq A_C$  und  $F_C \geq F_A > F_D \geq F_B$

In diesem Spiel haben die Arbeitnehmer zwei Strategien zur Verfügung. Sie können ihre Lohnforderungen in Grenzen halten oder ihre volle Verhandlungsmacht ausspielen. Die Arbeitgeber müssen sich zwischen einem hohen und einem geringen Investitionsniveau entscheiden. Die Folgen der verschiedenen Strategien lassen sich anhand der obigen Payoff-Matrix darstellen. Die Kombination ( $A_A, F_A$ ) beispielsweise gibt an, wieviel Arbeitnehmer ( $A_A$ ) und Firmen ( $F_A$ ) davon profitieren, wenn das Ergebnis A erreicht wird, das zustande kommt, wenn die Firmen viel investieren und die Arbeitnehmer moderate Löhne anstreben. Es wurden keine konkreten Werte eingesetzt. Wichtig ist nur der Hinweis, daß der Zusammenhang zwischen den einzelnen Payoff-Werten gegeben ist durch:  $A_B \geq A_A > A_D \geq A_C$  und  $F_C \geq F_A > F_D \geq F_B$ . Damit ergibt sich Lösung A als die für beide Parteien insgesamt beste. Diese entsteht, wenn beide eine kooperative Strategie verfolgen.

Allerdings stellt dieses Ergebnis kein sogenanntes Nash-Gleichgewicht dar. Vielmehr könnten beide Spieler durch Abweichung zur nicht-kooperativen (defektiven) Strategie eine Payoff-Erhöhung für sich selbst erreichen. Wenn nun beide Spieler rational denken, werden sie beide letztlich die nicht-kooperative Strategie wählen. Das Ergebnis ist das denkbar schlechteste: D. Beachtenswert ist dabei, daß dieses Resultat nicht durch mangelnde Information entsteht, sondern durch mangelndes Commitment. Glücklicherweise gilt dieses bemerkenswerte Resultat aber zunächst unbedingt nur in einem statischen, one-shot-Game.

Die zentrale Rolle des Korporatismus und der WSP ist es, dieses statische Spiel in ein dynamisches umzuwandeln. Es reicht allerdings noch nicht, das Spiel einfach eine bestimmte Zahl mal zu wiederholen. In diesem Fall wäre eine nicht-kooperative Strategie in der letzten Runde vorprogrammiert, was automatisch auch für die vorigen Runden eine nicht-kooperative Strategie impliziert. Insbesondere folgt aus typischen spieltheoretischen Analysen (siehe im Detail etwa Binmore (1992: 358ff.)), daß erst in unendlich oft wiederholten Spielen Kooperation rational wird. „Unendlich oft wiederholt“ heißt in diesem Fall, daß unklar ist, wann das Spiel endet (m.a.W. wann die Welt untergeht). Es läßt sich zeigen, daß die Spieler nur ausreichend geduldig sein müssen, um eine stabile kooperative Lösung zu erreichen. Die WSP erfüllt nun gerade diese Funktion, das Spiel von einem finiten Spiel zu einem infiniten Spiel zu verwandeln.

Tritt nun häufiger Kooperation auf, so kann man die Hypothese aufstellen, daß sich dies auch auf das Wirtschaftswachstum positiv auswirken wird, da keine Konfliktkosten anfallen.

#### **4.2. Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft als Mechanismus zum Konfliktmanagement**

Ein verwandtes Modell, wenngleich mit anderen Schwerpunkten, ergibt sich aus folgenden Überlegungen (vgl. Rodrik (1999); für eine Formalisierung siehe Wagner (2000)): Stellen wir uns zwei (Interessen-)Gruppen in einer Ökonomie vor, die beobachten, wie der zu verteilende „Kuchen“, d.h. der potentielle Output der Ökonomie aufgrund eines externen Schocks sinkt. Normalisieren wir den bestehenden Output auf eins und nehmen wir an, daß die Ressourcen ursprünglich auf die beiden Gruppen gleich aufgeteilt waren. Durch den Schock reduzieren sich die Ressourcen auf  $1-S$ . Nun müssen sich die beiden Gruppen, wie schon oben, zwischen zwei Strategien entscheiden:

- Sind sie kooperativ, verlangen sie nur  $\frac{1}{2}*(1-S)$ , also anteilmäßig dasselbe wie zuvor.
- Sind sie nicht-kooperativ, verlangen sie ihren ursprünglichen Anteil von  $\frac{1}{2}$ .

Nur wenn beide Gruppen kooperativ sind, werden die verfügbaren Ressourcen ausreichen, um die Wünsche der beiden zu erfüllen. Gehen die Begehrlichkeiten dagegen über das hinaus, was verfügbar ist, entsteht sozialer Konflikt, der zu weiteren Output-Kosten führt (vgl. dazu etwa Alesina und Drazen (1991), die zeigen, wie Konflikt dazu führen kann, daß makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen verzögert werden und durch die entstehende Instabilität Outputkosten entstehen). Nehmen wir an, daß durch diesen Konflikt die Größe des Kuchens auf  $1-S-K$  sinkt.

Von der Perspektive eines Dritten bzw. insgesamt betrachtet, stellt sich natürlich die Frage, wann die beiden Gruppen sich entscheiden werden, zu kooperieren und nicht die zusätzlichen Kosten für die Wirtschaft verursachen werden. Rein intuitiv werden (zumindest) zwei Aspekte eine Rolle spielen:

Die Gruppen werden erstens dann weniger wahrscheinlich kooperieren, wenn eine große Polarisierung vorherrscht, d.h. wo – in der Terminologie Rodriks (1999) - der latente Konflikt groß ist.

Zweitens ist die „Kampf“-Strategie dann attraktiver, wenn mehr Möglichkeiten bestehen, die andere Gruppe vom Kuchen auszuschließen. Das ist dann der Fall, wenn Institutionen des Konflikt-Managements wie eben die Sozialpartnerschaft schwach ausgeprägt sind oder nicht funktionieren. Ähnliches wird gelten, wenn Eigentumsrechte nicht geschützt werden oder ineffiziente Institutionen bestehen<sup>3</sup>.

## 5. Empirische Ergebnisse: Korporatismus und Wirtschaftswachstum in Europa

### 5.1. Daten und Methode

Unsere unabhängige Variable ist reales Pro-Kopf-Wachstum des BIP ( $GDPCGROW_{it}$ ) in 14 europäischen Ländern (alle EU-Mitglieder außer Luxemburg). Unsere empirisches Modell (siehe unten für eine Zusammenfassung) folgt der traditionellen Spezifikation von (neoklassischen) Wachstumsmodellen wie in Barro and Sala-i-Martin (1995). Als Standardvariable verwenden wir folgende Variablen (vgl. (Levine and Renelt 1992) für die Begründung der Wahl dieser Variablen sowie des vermuteten Vorzeichens der jeweiligen Koeffizienten):

$GDPY1_{it}$	BIP pro Kopf im ersten Jahr jeder Periode (negativer Koeffizient erwartet). Diese Variable soll auf Konvergenzeffekte hindeuten.
$INVEST_{it}$	Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP (positiver Koeffizient erwartet) <sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Für eine empirische Analyse der letzteren Aspekte in Europa siehe Wagner (2000).

<sup>4</sup> In OLS-Regressionen und Random-Effects-Panel-Schätzungen mit Lags zeigt sich, daß verzögerte Investitionen einen signifikanten Effekt auf Wachstum haben. Das bedeutet, daß in diesem Sample keine umgekehrte Kausalität vorliegt und *INVEST* als sinnvolle erklärende Variabel verwendet werden kann.

$POP_{GROW_{it}}$	Bevölkerungswachstumsrate (negativer Koeffizient erwartet) <sup>5</sup>
$EDUEXP_t$	Ausgaben für Bildung in Prozent des BIP, 1985 (positiver Koeffizient erwartet)

Weiters berücksichtigen wir:

$EU_{it}$	Diese Dummy-Variable ist gleich eins für Jahre, in denen das betreffende Land EU-Mitglied war, und null sonst.
$TRADE_{it}$	Importe plus Exporte in Prozent des BIP (in laufender Heimatwährung) (positiver Koeffizient erwartet)
$COMMON_{it}$	Diese Dummy-Variable ist gleich eins für alle Jahre nach der Einführung des Gemeinsamen Marktes 1990. Ein Interaktionsterm $FT_{it} = TRADE_{it} * COMMON_{it}$ wird auch verwendet.
$GOVTEXP_{it}$	Gesamte Staatsausgaben in Prozent des BIP zu Marktpreisen
$SHOCK_{it}$	Terms-of-Trade Schocks <sup>6</sup> (für die genaue Berechnung siehe De Grauwe und Skudelny (1999))

Wir verwenden in unserer empirischen Analyse ein Panel für die Jahre 1961-1995. Die Panel-Analyse bringt technisch gesehen den Vorteil, daß man bei den ökonomischen Variablen<sup>7</sup> sowohl Variationen über die Zeit als auch über einzelne Länder berücksichtigen kann. Für weitere Ausführungen zu den technischen Aspekten sei auf das zugehörige Arbeitspapier der Autoren (Schneider and Wagner 2000) verwiesen.

Als Maßzahl für sozialen Konflikt wählen wir erstens den GINI-Indikator, der Einkommensungleichheit. Zweitens untersuchen wir den Einfluß von ethnolinguistischer (ELF) Fragmentierung auf Wachstum. Weiters verwenden wir einen Indikator der Qualität der Institutionen in den Ländern (EFF), der zwischen 0 und 10 liegt (je höher, desto besser). All

---

<sup>5</sup> Da wir das Pro-Kopf-Wachstum als abhängige Variable haben, wird der Koeffizient nach oben hin verzerrt sein.

<sup>6</sup> Angemerkt sei, daß auch andere Proxies für das Konzept „externer Schock“ denkbar und sinnvoll wären. Insbesondere könnte man an eine Berücksichtigung der Anzahl der Regierungswechsel o.ä. denken.

<sup>7</sup> Die ökonomischen Daten (BIP-Wachstum, Humankapitalindikator, Investitionsquoten, Größe des Staatssektors, Bevölkerungswachstum, Offenheits-Indikator und Terms-of-Trade-Schocks) stammen von De Grauwe und Skudelny (1999), denen wir für die Überlassung der Daten danken.

diese Indikatoren können aus der Literatur gewonnen werden (vgl. zum Beispiel Mauro (1995), Easterly und Levine (1997) u.v.m.)

Bezüglich der Berücksichtigung der Sozialpartnerschaft in empirischen Rechnungen stößt man sogleich auf das Problem, den Korporatismusgrad zu operationalisieren, um eine internationale Vergleichbarkeit zu erreichen. Es gibt eine ganze Reihe von Rankings verschiedener Länder nach ihrem Grad des Korporatismus. In der folgenden Tabelle sind einige Rankings zusammengestellt. Die Länder sind dabei nach dem Ranking von Tarantelli (1986) angeordnet, da dieses Ranking auch in unseren weiteren Analysen verwendet wird. Die einzelnen Autoren verwenden verschiedene Skalen, um den Grad der Korporatismus zu bewerten. In einer solchen vergleichenden Betrachtung ist es aber sinnvoller, die entstehende Rangordnung zu betrachten als absolute Maßzahlen. Hier sei nur auf einige ins Auge stechende Tatsachen aufmerksam gemacht. Calmfors und Driffill (1988) und Blyth (1979) stellen beide auf den Grad der Zentralisierung der Lohnverhandlungen ab. Es ist daher nur verständlich, daß diese Autoren zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Die Skalen von Tarantelli (1986) und Lehmbruch (1984) berücksichtigen auch die Rolle der Regierung, etwa in Form von Eingriffen bei Streitigkeiten zwischen den Sozialpartnern. Von den beiden Rangordnungen unterstellt jene von Lehmbruch eine stärkere Korrelation zwischen Zentralisierung und Regierungsbeteiligung. Die stärksten Unterschiede treten bei den Niederlanden sowie bei Japan und Australien auf. Es lassen sich allerdings auch einige Gemeinsamkeiten feststellen. Bei allen Autoren außer Wilensky (1976)<sup>8</sup> liegt Österreich an erster Stelle, was die Stärke des Korporatismus angeht. Es besteht auch Einigkeit darüber, daß die nordischen Länder (Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland) sowohl stark zentralisierte Lohnverhandlungen aufweisen als auch andere Elemente des Korporatismus zeigen. Bezüglich Deutschland und der Niederlande gibt es bei wohl bestehenden Unterschieden im genauen Ranking weitgehende Übereinstimmung, daß sie überdurchschnittlich korporatistisch ausgeprägt sind.

---

<sup>8</sup> In dessen Maßzahl ist auch der Grad der Zentralisierung der Regierungstätigkeit einbezogen, was über die typische Idee des Korporatismus hinausgeht.



**Tabelle 3      Verschiedene Rankings des Korporatismusgrades im Vergleich**

Country	Ranking <sup>1)</sup> by different authors							
	Tarantelli(1986)	Calmfors/Driffill (1988)	Schmitter (1974)	Cameron (1984)	Bruno/ Sachs (1986)	Blyth (1979)	Wilensky (1976)	Lehmbruch (1984)
<b>Österreich</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>1</b>
Deutschland	2	6	8	7	2	8	10	6
Japan	3	13	- <sup>2)</sup>	14	10	11	-	10
Norwegen	5	2	2	3	4	2	3	4
Schweden	5	3	4	2	5	3	4	3
Dänemark	5	4	4	5	7	4	9	5
Niederlande	8	7	6	8	3	10	2	2
Finnland	8	5	4	5	8	5	6	7
Australien	8	9	-	11	14	7	-	16
Belgien	10	8	7	6	9	9	1	-
Kanada	10	16	11	12	15	16	13	15
USA	10	15	11	13	16	15	15	14
Neuseeland	12	-	-	-	-	6	-	17
Frankreich	13	10	13	16	12	12	5	11
GB	14	11	14	10	11	13	12	12
Italien	15	12	15	15	13	14	8	13
Schweiz	-	14	9	9	6	-	11	9
Irland	-	-	11	-	-	-	14	8

\*) 1 = höchster Korporatismusgrad, 17 = niedrigster Korporatismusgrad

Quelle: Schneider und Wagner (1999)

Aus den genannten Gründen verwenden wir den Index von Tarantelli, den wir für vier Länder (Spanien, Portugal, Irland und Griechenland) nach seiner Methode ergänzen (siehe mehr dazu in Schneider und Wagner (1999)).

Schließlich berücksichtigen wir auch den Grad der Zentralisierung der Lohnverhandlungen getrennt. Galli and Padovano (1999) behaupten, daß diese Dummy-Variable den Wert 1 für Zeiten und Länder annimmt, die als korporatistisch eingestuft werden können. Tatsächlich aber schreiben sie selbst, daß der Wert 1 dann gilt "when wages are effectively determined through a process of *centralized bargaining* that involves, at least, the confederations of union movements and the associations of industries and, at most, also the government". In Wahrheit messen sie also den Grad der Zentralisierung der Lohnverhandlungen.

Zusammenfassend schätzen wir folgende Gleichung:

$$\begin{aligned} GDPCGROW_{it} = & c + b_1 GDPY1_{it} + b_2 POPGROW_{it} + b_3 EDUEXP_i + b_4 SHOCK_{it} + b_5 INVEST_{it} + \\ & b_6 GOVTEXP_{it} + b_7 EU_{it} + b_8 TRADE_{it} + b_9 FREETRAD_{it} + b_{10} FT_{it} + \\ & b_{11} CONFLICT_i + b_{12} INSTIT_{it} \end{aligned}$$

mit  $CONFLICT_i = GINI_i, ELF_i$

und  $INSTIT_{it} = EFF_i, CORP_i, CENTR_{it}$

wobei wir erwarten:  $b_1 < 0$ ,  $b_2 < 0$ ,  $b_3 > 0$ ,  $b_4 < 0$ ,  $b_5 > 0$ ,  $b_7 > 0$ ,  $b_8 > 0$ ,  $b_9 > 0$ ,

$b_{11} < 0$ . Die anderen Koeffizienten werden von der Theorie nicht eindeutig vorhergesagt.

## 5.2. Ergebnisse

Die folgenden Tabellen fassen unsere zentralen Ergebnisse der Wachstumsregressionen zusammen.

**Tabelle 4 Wachstumsregressionen mit Konflikt- und institutionellen Variablen. Abhängige Variable: BIP-Wachstum pro Kopf 1961-1995, 14 EU-Länder, 10-years-moving-average panel mit Newey-West Schätzverfahren**

	Abhängige Variable: BIP-Wachstum pro Kopf, 10 years moving average panel						
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Log BIP Beginn	-0.008 (2.50)*	-0.010 (2.94)**	-0.016 (3.73)**	-0.010 (-2.87)**	-0.013 (3.63)**	-0.013 (3.45)**	-0.011 (3.13)**
Bevölk. wachst.	-0.745 (3.24)**	-0.633 (3.01)**	-0.573 (3.21)**	-0.617 (-2.98)**	-0.668 (3.08)**	-0.660 (3.72)**	-0.691 (2.79)**
Bildungsausgaben	0.614 (6.41)**	0.619 (6.65)**	0.718 (7.23)**	0.715 (7.34)**	0.552 (6.55)**	0.614 (6.90)**	0.552 (5.88)**
Investitionsquote	0.089 (2.15)*	0.080 (2.01)*	0.062 (1.60)	0.101 (2.563)*	0.094 (2.46)*	0.052 (1.23)	0.091 (2.88)**
Staatsausgaben	-0.001 (4.74)**	-0.001 (4.73)**	-0.001 (4.57)**	-0.001 (4.61)**	-0.001 (4.07)**	-0.001 (5.27)**	-0.000 (2.73)**
EU Mitgliedsch.	0.006 (3.57)**	0.006 (3.85)**	0.009 (4.59)**	0.006 (3.59)**	0.006 (4.17)**	0.007 (4.58)**	0.004 (2.67)**
Offenheit	-0.001 (0.28)	0.000 (0.10)	-0.006 (1.12)	-0.006 (1.28)	-0.004 (0.60)	-0.003 (0.49)	0.000 (0.03)
Gemeins. Markt	-0.001 (0.17)	-0.004 (0.50)	-0.003 (0.42)	-0.003 (0.41)	-0.004 (0.54)	-0.001 (0.17)	-0.008 (1.14)
Off.*Gem. Markt	0.012 (0.99)	0.011 (0.88)	0.013 (1.29)	0.012 (1.13)	0.014 (1.08)	0.009 (0.75)	0.016 (1.61)
ToT Schock		-0.286 (2.08)*	-0.182 (1.46)	-0.246 (1.85)+	-0.273 (2.02)*	-0.207 (1.69)	-0.296 (2.56)*
GINI / 100			-0.080 (3.64)**				
ELF / 100				-0.030 (1.62)			
ELF / 100 ^2				0.073 (2.19)*			
EFF / 100					0.144 (1.65)+		
CORP / 100						0.074 (3.19)**	
CENTR							-0.008 (2.91)**
Konstante	0.031 (2.44)*	0.036 (3.02)**	0.069 (4.10)**	0.028 (2.38)*	0.029 (2.45)*	0.045 (3.57)**	0.031 (3.11)**
Beobachtungen	328	328	328	328	328	328	328

+ signifikant am 10%-Niveau; \* signifikant am 5%-Niveau; \*\* signifikant am 1%-Niveau

Ganz kurz sei auf die Standardvariablen eingegangen: Sie haben üblicherweise das erwartete Vorzeichen und sind auch signifikant. Insbesondere gibt es Anzeichen für konditionale Konvergenz (a negativer Koeffizient von *GDPY1*). Investitionen und Bildungsausgaben sind in der Regel positiv für Wachstum. Große Staatssektoren erweisen sich als abträglich. Die EU-Mitgliedschaft hatte einen positiven Effekt auf das langfristige Wachstum. Die etwas überraschenden Ergebnisse für den Offenheits-Indikator *TRADE* können hier nicht näher diskutiert werden. Daß der Koeffizient von *POPGROW* absolut gesehen kleiner als eins ist, bedeutet, daß in diesem Sample Bevölkerungswachstum einen positiven Wachstumseffekt hatte. Der Koeffizient von *SHOCK* schließlich ist negativ and statistisch signifikant.

Betrachten wir nun die Konfliktvariablen: Sozialer Konflikt im Sinne von Einkommensungleichheit wirkt sich in Europa langfristig negativ auf das Wachstum aus. Dies erkennt man aus dem negativen Koeffizienten von *GINI*. Dieses Ergebnis (wie auch die übrigen in diesem Teil präsentierten) hält auch in anderen Spezifikationen der Schätzgleichung.

Ein interessantes Ergebnis erhalten wir für *ELF*, den Indikator der ethnischen Fragmentierung, für den wir ursprünglich einen linear negativen Effekt erwartet hatten. *ELF* alleine ist insignifikant. Wenn man aber einen quadratischen Term hineinnimmt, wird der Koeffizient selbst negativ, bleibt jedoch insignifikant. Aber der quadrierte Term ist signifikant positiv, was bedeutet, daß ethnische Diversität in Europa bis zu einem gewissen Grad auch positive Wachstumseffekte hatte.

Effiziente staatliche Institutionen und geringe Korruption sind positiv für Wirtschaftswachstum wirksam, wie der (schwach) signifikante Koeffizient von *EFF* zeigt.

Schließlich zeigt Regression (6), daß stärker korporatistische Länder höheres langfristiges Wachstum hatten. Allerdings wird der Koeffizient insignifikant, wenn man Ungleichheit (*GINI*) zusätzlich berücksichtigt. Das deutet auf eine starke Interaktion zwischen diesen beiden Variablen hin, worauf später eingegangen wird.

Gleichung (7) läßt darauf schließen, daß der Grad der Zentralisierung der Lohnverhandlungen sich negativ auf langfristiges Wachstum auswirkt. Dies spiegelt die Theorie Olsons (1982) wider, daß zentralisierte Systeme höhere Transaktions- und Free-Rider-Kosten haben als dezentralisierte Systeme.

Eine interessante Hypothese wäre, daß Korporatismus in kleineren Ländern mehr Vorteile bringt als in großen, weil erstere stärker Terms-of-Trade-Schocks ausgesetzt sind. Dies überprüfen wir mittels eines Interaktionsterms, definiert als “Größe \* Korporatismusgrad”. Es zeigt sich allerdings, daß es nur schwache bis keine Evidenz für diese Hypothese gibt (vgl. Regression (8) in Tabelle 5).

Wie in Rodrik (1999), Easterly (2000) und anderen Arbeiten verwenden wir nun noch Interaktionsterme, welche die im Modell von Kapitel 4.2 angelegten theoretischen Vorhersagen (Korporatismus als Konfliktmanagement-Mechanismus) überprüfen sollen. Als Caveat sei angebracht, daß sich solche Terme nicht leicht interpretieren lassen (vgl. Schneider und Wagner (2000) für ökonometrische Ausführungen sowie zur Kritik an der bisherigen Verwendung von Interaktionstermen in der Literatur). Folgende Terme werden verwendet:

$$GE = GINI * EFF$$

$$GC = GINI * CORP$$

$$SE = SHOCK * EFF$$

$$SCO = SHOCK * CORP$$

$$SGE = SHOCK * GINI * EFF$$

$$SGC = SHOCK * GINI * CORP$$

Wir erwarten positive Koeffizienten für diese Terme, wenn gute Institutionen dazu dienen, sozialen Konflikt und externe Schocks abzumildern.

Regressionen (9)-(13) in Tabelle 5 zeigen zunächst, daß eine zusätzliche Berücksichtigung dieser Terme die Ergebnisse für die Standardvariablen nicht ändert. Insgesamt implizieren die Ergebnisse, daß die europäischen Länder negative Effekte von Schocks und Konflikten durch adäquate Institutionen vermindern können.

**Tabelle 5 Wachstumsregressionen (1961-1995) für 14 EU-Länder mit Interaktionstermen (Newey-West Standard-Fehler in Klammern)**

	Abhängige Variable: BIP-Wachstum pro Kopf, 10 years moving average panel					
	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
Log BIP Beginn	-0.016 (3.92)**	-0.011 (3.19)**	-0.013 (3.50)**	-0.018 (3.99)**	-0.016 (4.03)**	-0.020 (5.04)**
Bevölk. wachst.	-0.743 (4.04)**	-0.593 (3.16)**	-0.653 (3.69)**	-0.611 (3.60)**	-0.572 (3.47)**	-0.494 (3.02)**
Bildungsausgaben	0.622 (7.39)**	0.539 (6.47)**	0.615 (6.89)**	0.572 (7.24)**	0.679 (8.12)**	0.690 (8.82)**
Investitionsquote	0.046 (1.14)	0.093 (2.72)**	0.052 (1.23)	0.078 (2.29)*	0.051 (1.32)	0.028 (0.74)
Staatsausgaben	-0.001 (5.93)**	-0.001 (4.19)**	-0.001 (5.26)**	-0.001 (4.26)**	-0.001 (4.87)**	0.000 (0.45)
EU Mitgliedsch.	0.007 (4.60)**	0.005 (3.69)**	0.007 (4.33)**	0.009 (4.99)**	0.009 (4.53)**	0.007 (3.92)**
Offenheit	0.006 (0.91)	-0.002 (0.38)	-0.003 (0.51)	-0.009 (1.44)	-0.007 (1.35)	-0.011 (2.25)*
Gemeins. Markt	0.003 (0.44)	-0.010 (1.39)	-0.001 (0.18)	-0.010 (1.62)	-0.005 (0.75)	-0.010 (1.71)
Off.*Gem. Markt	0.004 (0.35)	0.022 (1.90)	0.009 (0.78)	0.021 (2.06)*	0.016 (1.76)	0.024 (2.61)**
ToT Schock	-0.203 (1.70)	-3.028 (2.38)*	-0.297 (0.82)	-1.938 (2.74)**	-1.000 (2.53)*	-1.023 (2.61)**
CORP / 100	0.137 (2.58)*		0.063 (1.30)		-0.058 (1.14)	0.282 (2.75)**
Landgröße / 1000	0.000 (1.68)					
Größe*CORP	0.000 (0.92)					
EFF / 100		-0.218 (1.31)		-0.054 (0.56)		
Schock*EFF/100		32.095 (2.16)*				
Schock*CORP/100			1.225 (0.26)			
GINI / 100				-0.127 (4.92)**	-0.094 (3.31)**	-0.115 (4.27)**
Schock*GINI/100*EFF/100				62.172 (2.53)*		
Schock*GINI/100*CORP/100					35.142 (2.02)*	36.708 (2.13)*
Staatsausg. * CORP / 100						-0.008 (3.19)**
Konstante	0.043 (3.74)**	0.059 (3.17)**	0.047 (3.88)**	0.094 (4.50)**	0.086 (5.17)**	0.072 (4.49)**
Beobachtungen	328	328	328	328	328	328

In allen Regressionen liegt hohe gemeinsame Signifikanz der Interaktionsterme mit den einzelnen Termen, aus denen die Interaktion besteht, vor.

\* signifikant am 5%-Niveau; \*\* signifikant am 1%-Niveau

In Regression (10) sind die Effekte für die einzelnen Koeffizienten in der Regel nicht signifikant. Allerdings ist die gemeinsame Signifikanz hoch, was zumindest tendenziell auf die Existenz eines reinen Schock-Management-Effekts hindeutet.

Die Resultate in Regressionen (9) und (11) erscheinen uns sehr wichtig. Es gibt starke Hinweise darauf, daß effiziente staatliche Systeme es europäischen Wirtschaften erlaubt haben, sich effizient an externe Schocks anzupassen. Wie man beispielsweise am Koeffizienten von *SHOCK\*EFF* erkennen kann, stärkt eine Verbesserung der institutionellen Qualität die Fähigkeit einer Wirtschaft, sich Schocks adäquat anzupassen.

Ähnliche Ergebnisse gelten auch für den Korporatismus. Dieser führt zu weniger negativen Einflüssen von Konflikten und Schocks. Es gibt zwar einen kleinen negativen direkten Effekt (der Koeffizient von *CORP* selbst), doch ist dieser in der Regel insignifikant.

In einer quantitativen Analyse können manche Punkte klarer dargestellt werden. Wir machen uns die Tatsache zunutze, daß die Koeffizienten in der obigen Regressionsanalyse immer gemeinsam signifikant sind. Nehmen wir Gleichung (11) und stellen wir uns ein durchschnittliches europäisches Land vor, das den durchschnittlichen GINI-Koeffizienten hat und von einem durchschnittlichen externen Schock getroffen wird. Was passiert, wenn dieses Land seine bürokratische Effizienz erhöht, sodaß *EFF* um 1 steigt? Zunächst gibt es einen direkten negativen Effekt von *EFF* selbst (-0.054/100). Zweitens können wir den durchschnittlichen Schock und den durchschnittlichen GINI-Wert (dividiert durch 100) multiplizieren und erhalten 0.003051. Multiplizieren wir dies mit 62.172 (dem Koeffizienten des Interaktionsterms zwischen Schock, GINI und *EFF*) erhalten wir 0.1897/100 als Wachstumseffekt. Addiert man das zum direkten Effekte, erhalten wir eine Erhöhung des langfristigen BIP-Wachstums um 0.14%. Da der direkte (negative) Teil des Gesamteffekts nicht klar signifikant ist, unterschätzen wir damit sogar den potentiellen Wachstumseffekt.

Ähnliche Kalkulationen können für den Korporatismus mit Regression (12) durchgeführt werden. Eine Erhöhung eines stärker korporatistischen Systems bringt im "Durchschnittsland" zunächst einen direkten negativen Effekt von -0.058/100. Der positive Effekt durch das Konfliktmanagement beträgt  $0.003051 * 35.142 / 100$ . Addiert man diese Terme, erhält man +0.05% langfristiges Wachstum, was wiederum eher eine Unterschätzung sein wird. Eine Interpretation für den direkten negativen Effekt ist, daß korporatistische Systeme tendenziell

die Interessen der bestehenden Interessen-Gruppen schützen. Durch diesen Effekt, der eine Anpassung an neue Gegebenheiten erschwert, wird der Schock-Management-Effekt zum Teil verkleinert. Dieser Aspekt ist in obigem theoretischen Modell ja nicht enthalten. Spätere Arbeiten können hier anknüpfen.

Abschließend sei auf Regression (13) hingewiesen. Hier wird die Möglichkeit untersucht, daß Korporatismus die öffentlichen Finanzen eines Landes und auf diesem Weg das Wachstum beeinflußt. Die Erklärungskraft dieser Variante ist sehr hoch; fast alle Koeffizienten sind hoch-signifikant – außer den Staatsausgaben selbst. Der direkte Effekt des Korporatismus wird nun positiv. Ingesamt genommen läßt sich diese Schätzung so interpretieren, daß in korporatistischen Ländern höhere Staatsausgaben schlecht für das Wirtschaftswachstum sind – was damit zusammenhängt, daß dort im Regelfall der Staatssektor ohnehin schon groß ist. Betont sei, daß hier nicht nach verschiedenen Arten von Staatsausgaben unterschieden wird, was natürlich auch eine Rolle spielen wird.

## **6. Andere Aspekte im OECD-Vergleich**

Hier sollen schlaglichtartig einige andere empirische Aspekte beleuchtet werden, die im Zusammenhang mit dem Korporatismusgrad und der WSP von Bedeutung sind. Nähere Ausführungen, insbesondere zu den theoretischen Grundlagen, finden sich in Schneider und Wagner (1999). Die empirischen Darstellungen sind hier bewußt sehr einfach gehalten; auf Regressionen wurde verzichtet. Vielmehr finden sich in den folgenden Tabellen OECD-Länder, gereiht nach dem Korporatismus-Ranking von Tarantelli und jeweils in drei Gruppen (hoch-, mittel- und wenig korporatistische Länder) zusammengefaßt. Wir betrachten jeweils die durchschnittliche Performance der Ländergruppen und stellen Vergleiche an.

### **6.1. Arbeitsmarkt**

Traditionell hat sich die Untersuchung der Leistungsfähigkeit von verschiedenen Institutionen auf ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt beschränkt. Ein Kernstück der WSP ist ja ein impliziter Lohn-Preiskontrakt (Winckler 1985: 301) zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern mit dem Inhalt, weder durch Lohn- noch durch Preiserhöhungen die Einkommen in Österreich umzuverteilen. Zusätzlich wurde zumindest seit den 60er Jahren Einverständnis darüber erzielt, auch die Beschäftigung als Zielvariable zu verfolgen und sie auf hohem Niveau konjunkturunabhängig zu machen. Es sei an dieser Stelle ein wichtiges Merkmal dieser impliziten Übereinkunft betont, das unseres Erachtens in der Literatur bisher zu wenig her-



ausgearbeitet wurde: Es wird die langfristige Konstanz der Einkommensverteilung (insbesondere der funktionalen, d.h. jener zwischen Kapital und Arbeit) akzeptiert. Vorteile und Wohlstandsverbesserungen sollen durch eine Vergrößerung des „Kuchens“ statt durch Umverteilung gewährleistet werden. Genau dies wird in unserem obigen Modell abgebildet. Dies entspricht einer gemeinsamen makroökonomischen Verantwortung aller wirtschaftspolitischen Akteure.

**Tabelle 6 Beschäftigung und Korporatismusgrad**

Land	Korp.-grad	Beschäftigung in % der Bevölkerung zw. 15 und 64 Jahren							Teilzeit	
		1960-73	1974-79	1980-89	1990-95	1996	1997	1998	1995	1998
Ö	15	67,8	63,9	63,8	67,2	67,3	67,2	67,4	11,1	11,5
D	14	69,4	66,1	63,6	66,0	64,1	63,6	64,1	14,2	16,6
J	13	.	.	.	.	69,5	70,0	69,5	21,3	23,6
DK	12	72,7	73,1	75,0	74,9	74,0	75,4	75,3	16,7	17,0
N	12	.	.	.	.	75,3	77,3	78,2	27,5	21,0
S	12	72,6	77,4	79,6	74,6	71,6	70,7	71,5	15,1	24,2
<b>Durchschnitt hoch</b>		<b>70,6</b>	<b>70,1</b>	<b>70,5</b>	<b>70,7</b>	<b>70,3</b>	<b>70,7</b>	<b>71,0</b>	<b>17,7</b>	<b>19,0</b>
CH	10	78,2	74,2	75,0	80,1	78,3	78,1	79,3	23,8	24,2
Aus	10	.	.	.	.	67,3	66,3	67,2	30,8	25,9
SF	10	72,5	71,1	73,5	65,2	62,8	63,6	64,8	8,4	9,7
NL	10	59,4	54,0	54,8	63,4	66,2	68,1	69,8	27,3	30,0
B	9	60,3	59,1	55,5	56,5	56,3	57,0	57,3	14,5	16,3
Can	9	.	.	.	.	67,5	67,9	69,0	18,6	18,7
USA	9	63,1	65,2	68,7	72,6	72,9	73,5	73,8	13,3	13,4
<b>Durchschnitt mittel</b>		<b>66,7</b>	<b>64,7</b>	<b>65,5</b>	<b>67,6</b>	<b>67,3</b>	<b>67,8</b>	<b>68,7</b>	<b>19,5</b>	<b>19,7</b>
NZ	8	.	.	.	.	71,1	70,5	69,5	21,5	21,0
F	7	66,6	65,1	60,3	59,6	59,2	58,8	59,4	12,5	14,8
UK	5	71,1	70,7	67,1	69,0	69,8	70,8	71,2	22,2	23,0
I	4	58,4	55,6	54,5	58,7	50,6	50,5	50,8	10,5	11,8
<b>Durchschnitt gering</b>		<b>65,4</b>	<b>63,8</b>	<b>60,6</b>	<b>62,4</b>	<b>62,7</b>	<b>62,7</b>	<b>62,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,7</b>
<b>EU 15-Schnitt</b>		<b>65,3</b>	<b>63,2</b>	<b>60,1</b>	<b>63,1</b>	<b>60,2</b>	<b>60,5</b>	<b>61,1</b>		
OECD-Schnitt		66,1	65,2	64,8	65,7	64,5	64,9	65,1		

Quelle: Eigene Zusammenstellung von Daten aus Guger (1998), OECD (1999)

Bei dieser Partialbetrachtung fällt ein Ergebnis auf: Zwischen Arbeitsmarktperformance, gemessen durch die Beschäftigung, und Korporatismusgrad besteht ein positiv linearer Zusammenhang (Nicht dargestellt ist hier, daß ein ähnliche lineare Beziehung, allerdings in negativer Form, für den Korporatismusgrad und die Arbeitslosigkeit gilt). Die stark korporatisti-

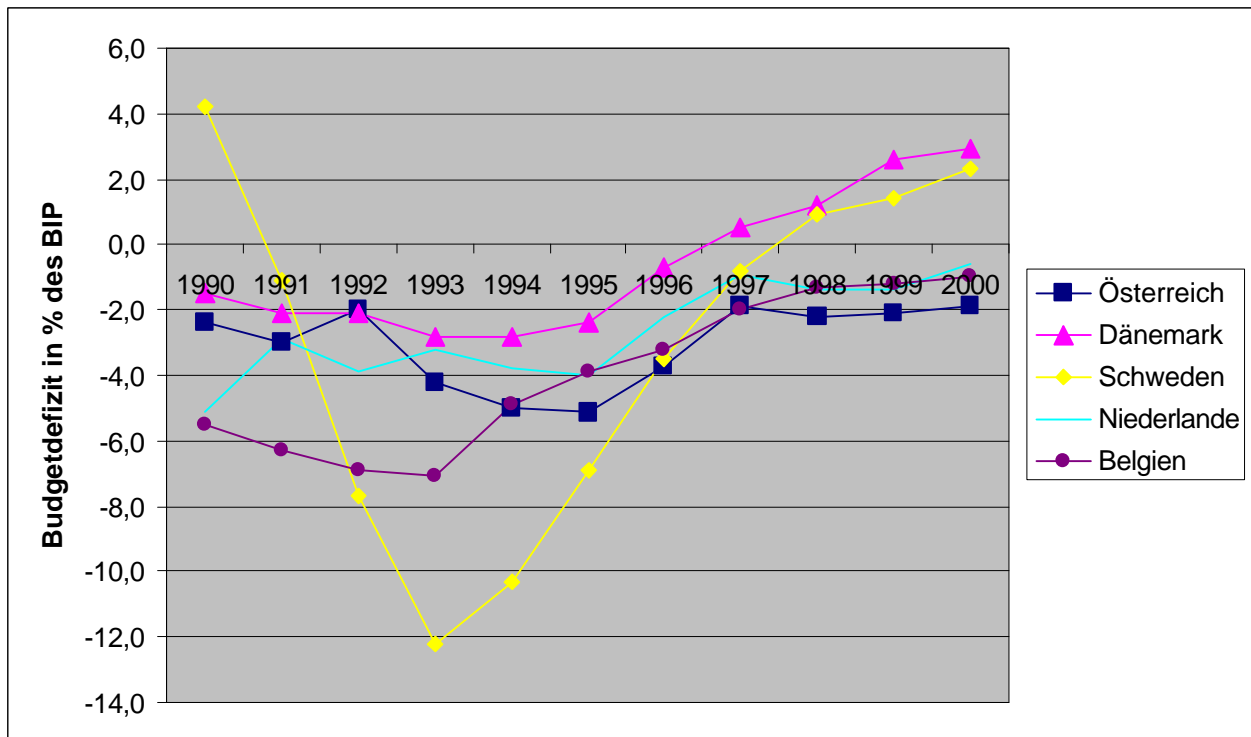
schen Länder schneiden besser ab als die mittleren, und diese wiederum sind durchschnittlich den wenig korporatistischen überlegen.

Allerdings zeigt die Analyse für Österreich ein interessantes Element im Vergleich mit ähnlichen Ländern wie Dänemark, Schweden, der Schweiz, Belgien oder den Niederlande: Während Österreich am Beginn der 80er Jahre eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit hatte, ist die Arbeitslosenquote seither deutlich angestiegen und ist nun vergleichbar hoch wie in den anderen Ländern (außer Belgien). Dies deutet darauf hin, daß die WSP hat in Österreich Reformen wie in Dänemark oder in den Niederlanden nicht ermöglicht hat. Das zentrale Problem der Sozialpartnerschaft kann in einem Mangel an Zukunftsorientierung gesehen werden.

## **6.2. *Moral hazard und fiskalische Probleme***

Bezüglich des Einflusses der WSP und des Korporatismus ist festzuhalten, daß im Durchschnitt die hochkorporatistischen Länder bessere Ergebnisse (niedrigere Budgetdefizite bzw. höhere Überschüsse) aufweisen konnten als die mittlere Gruppe. Allerdings hat Österreich in den 90er Jahren trotz erheblicher Budgetkonsolidierung nicht in gleichem Maße einen „Turnaround“ geschafft wie etwa Dänemark und Schweden oder auch die Niederlande. Man betrachte die folgende Graphik.

Abbildung 3 Budgetdefizite 1990-2000 in 5 kleinen europäischen Ländern



Quelle: Schneider und Wagner (1999)

In den 90er Jahren haben diese Länder weitgehende Reformen durchgeführt. Die bemerkenswerteste Budgetkonsolidierung konnte von den betrachteten Ländern Schweden erreichen, das von 1993 bis 1998 den Budgetsaldo um insgesamt 13,1% verbesserte. Alle Mitgliedstaaten (außer Portugal) haben in der Konsolidierungsphase die Primärausgaben gezügelt. Dabei kann das Gros der Verringerung der Primärausgabenquote in der Europäischen Union und im Euro-Gebiet auf die Reduktion des öffentlichen Konsums im Ausmaß von ungefähr 2 Prozentpunkten zurückgeführt werden. Differenzierter ist das Bild auf der Einnahmenseite: Während Belgien und Schweden insgesamt die Einnahmen angehoben haben, sanken diese etwas überraschend trotz Steuererhöhungen insgesamt in Österreich, Dänemark und den Niederlanden in den letzten Jahren. Dies ist auf eine starke Reduktion anderer Einnahmen (Sozialversicherungsbeiträge, Gebühren und Einnahmen aus Besitz und Unternehmung) zurückzuführen (Österreich 1995-1998: -2,4%), die die Steuererhöhungen (direkte Steuern Österreich in diesem Zeitraum +1,6%, indirekte Steuern +0,1%) überkompensierten. Österreich hat übrigens als einziges von den genannten drei Ländern in großem Ausmaß auf eine Erhöhung der direkten Steuerquote gesetzt hat, Dänemark und die Niederlande erreichten ihr Ziel eher durch indirekte Steuern und andere Einnahmen.

Auf Details kann hier nicht eingegangen werden. Insgesamt läßt sich auch nach einer Analyse der öffentlichen Verschuldung sowie der einzelnen Komponenten derselben (siehe im Detail Schneider und Wagner (1999)) festhalten, daß die WSP aufgrund des institutionalisierten Anspruchsdenkens die Budgetdisziplin des öffentlichen Haushaltes zunehmend erschwert. Während in den 60er bis 80er Jahren diese Entwicklung weitgehend hintangehalten werden konnte, näherte sich die Staatsverschuldung Anfang der 90er einem gefährlichen Niveau. Die drohende Gefahr einer explosiven Entwicklung, wie sie Belgien erlebte, konnte einstweilen allerdings durch einen rigorosen Sparkurs gebannt werden. Dieser wurde aber einerseits zu einem großen Teil durch Privatisierungen und andererseits weitgehend ohne die Mitwirkung der Sozialpartner sondern vielmehr durch einen „Alleingang“ der Regierung implementiert („Sparpaket“). Die These vom Versicherungsrisiko, das der Staat gegenüber den Sozialpartnern übernimmt, scheint für die zu beobachtende Entwicklung hohe Erklärungskraft zu haben.

### **6.3. *Streiks und Stabilität***

Streiks werden in vielen Studien als Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Stabilität bzw. Instabilität angesehen. Mit ihnen sind hohe volkswirtschaftliche Kosten verbunden.

Tabelle 7 stellt den üblichen internationalen Vergleich dar.

**Tabelle 7 Anzahl von Streiks und Korporatismus**

Land	Korporatismusgrad	Streikminuten je unselbst. Erwerbstätigen				
		1993	1994	1995	1996	1997
Österreich	15	2,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Deutschland	14	8,8	3,4	3,7	1,5	0,0
Japan	13	1,1	0,8	0,7	0,4	.
Dänemark	12	12,4	7,8	40,8	15,5	.
Norwegen	12	9,2	25,9	13,2	131,9	1,7
Schweden	12	25,8	7,2	85,0	8,3	3,2
<b>Durchschnitt Korporatismus hoch</b>		<b>9,9</b>	<b>7,5</b>	<b>23,9</b>	<b>26,3</b>	<b>1,3</b>
Schweiz	10	0,0	2,0	0,1	0,9	0,1
Australien	10	48,2	35,5	37,8	.	.
Finnland	10	4,8	148,2	237,7	5,4	27,1
Niederlande	10	3,7	3,9	54,6	0,6	1,1
Belgien	9	.	.	.	.	.
Kanada	9	62,6	65,1	66,8	140,7	149,6
USA	9	17,6	21,5	23,6	19,6	17,6
<b>Durchschnitt Korporatismus mittel</b>		<b>22,8</b>	<b>46,0</b>	<b>70,1</b>	<b>33,4</b>	<b>39,1</b>
Neuseeland	8	.	.	.	.	.
Frankreich	7	12,9	.	.	.	.
United Kingdom	5	14,1	6,0	8,9	27,6	4,9
Italien	4	112,8	113,4	30,8	65,0	.
<b>Durchschnitt Korporatismus gering</b>		<b>46,6</b>	<b>59,7</b>	<b>19,9</b>	<b>46,3</b>	<b>4,9</b>

Quelle: Chaloupek et al. (1997)

In dieser Tabelle ist klar erkennbar, daß – von Ausreißern in einzelnen Jahren abgesehen – korporatistische Länder insgesamt auf ein ruhigeres Arbeitsklima, gemessen an den Streikminuten je unselbständigem Erwerbstätigen<sup>9</sup>, vertrauen können. Nur die Schweiz hat manchmal noch weniger durchschnittliche Streikminuten zu verzeichnen als Österreich. Damit wird die theoretische Vermutung hinsichtlich der politischen Stabilität durch diesen Indikator bestätigt. Ein wesentlicher Nutzen der WSP ist die hohe wirtschaftliche und politische Konsensorientierung.

<sup>9</sup> Diese wurden von Chaloupek et al. (1997) mit Beschäftigtenzahlen der OECD und unter Annahme des 8-Stunden-Tages errechnet.

## 7. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

In diesem Beitrag wird versucht, das institutionelle Arrangement der Sozialpartnerschaft von Österreich hinsichtlich seiner langfristigen Wettbewerbsfähigkeit zu untersuchen. In vielen Studien ist gezeigt worden, daß ein stabiles und günstiges makroökonomisches Umfeld und damit stabile Rahmenbedingungen eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen sind. Daher sind Institutionen wie die der Sozialpartnerschaft oder allgemein korporatistische Institutionen von großer Bedeutung. In diesem Beitrag ist für Österreich gezeigt worden, daß diese Institutionen (Sozialpartnerschaft und andere korporatistische Institutionen) für europäische Länder durchaus viele Vorteile gebracht haben. Insbesondere zeigt sich sowohl in theoretischen als auch in ökonometrischen Analysen ein robuster und signifikanter Zusammenhang zwischen Korporatismus und langfristigem Wirtschaftswachstum. Länder mit stark korporatistischen Systemen wie Österreich können sich tendenziell besser gegen externe Schocks und soziale Konflikte, die sonst hohe wirtschaftliche Kosten verursachen würden, schützen.

Abschließend sei aber auch darauf hingewiesen, daß aus den langfristigen Analysen noch nicht absehbar ist, inwieweit korporatistische Arrangements der richtige Weg sind, um auch im Kontext der Wirtschafts- und Währungsunion die notwendige Flexibilität bereitzustellen, um mit wichtigen wirtschaftspolitischen Problemen im Vergleich zu anderen kleinen, offenen Volkswirtschaften ähnlich gut fertig zu werden. Insbesondere hinsichtlich Fragen wie Schaffung neuer Arbeitsplätze, Bewältigung des Strukturwandels, Verringerung des staatlichen Schuldenstandes und der laufenden Verschuldung sind neue Ansätze erforderlich, wie aus einer einfachen empirischen Analyse hervorgeht. Es ist zu wünschen, daß die korporatistischen Organisationen in Österreich in den nächsten Jahren die notwendige Flexibilität erarbeiten, um diese Probleme aktiv zu bewältigen.

## 8. Literatur

- Aiginger, Karl (1994). *Social Partnership and the Performance of Austrian Manufacturing*. Wien, Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut.
- Alesina, Alberto and Allan Drazen (1991). Why Are Stabilizations Delayed? *American Economic Review*, 81 (5), 1170-1188.
- Arestis, Philip and Mike Marshall (1995). *The Political Economy of Full Employment*. Edward Elgar.
- Barro, Robert J. and Xavier Sala-i-Martin (1995). *Economic Growth*. New York: McGraw-Hill, Inc.
- Biffl, G., A. Guger, and W. Pollan (1987). The Causes of Low Unemployment in Austria. *Occasional Papers in Employment Studies, University of Buckingham*, 7 .
- Binmore, Ken (1992). *Fun and Games*. Lexington et al.: Heath.
- Bruno, M. and Jeffrey Sachs (1986). *The Economics of worldwide stagflation*. Cambridge: MIT Press.
- Calmfors, L. and J. Driffil (1988). Bargaining structure, corporatism, and economic performance. *Economic Policy*, 6 , 14-61.
- Chaloupek, Günther (1995). *Entwicklung und Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft*. Arbeiterkammer Wien.
- Chaloupek, Günther et al. (1997). *Beschäftigung- und Budgetpolitik: Erfahrungen in Irland, den Niederlanden, Dänemark - und was daraus zu lernen ist*. Arbeiterkammer Wien.
- Easterly, William (2000). *Can institutions resolve ethnic conflict?* World Bank.
- Easterly, William and Ross Levine (1997). Africa's Growth Tragedy: Policies and Ethnic Divisions. *Quarterly Journal of Economics*, 112 (4), 1203-1250.
- Gabriel, Manfred (1997). *Sozialpartnerschaft - historische Wurzeln, ökonomische Auswirkungen und zukünftige Rolle*, Universität Linz.
- Galli, Emma and Fabio Padovano (1999). Corporatism vs. Decentralized Governance and Economic Growth. *Journal for Institutional Innovation, Development and Transition*, 3 , 31-42.
- Gerlich, Peter, Edgar Grande, and Wolfgang C. Müller (1985). *Sozialpartnerschaft in der Krise: Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus in Österreich*. Wien; Graz: Böhlau.
- Grauwe, Paul De and Frauke Skudelny (1999). *Social Conflict and Growth in Euroland*. University of Leuven and CEPR.
- Guger, Alois (1992). Corporatism: Success or Failure? Austrian Experiences. In J. Pekkarinen, M. Pohjola & B. Rowthorn (Eds.), *Social Corporatism: A Superior Economic System?* Oxford: Clarendon Press.

- Guger, Alois (1998). Economic policy and social democracy: The Austrian Experience. *Oxford Review of Economic Policy*, 14 (1), 40-58.
- IMD (1999). *The World Competitiveness Yearbook*. Lausanne: IMD.
- IMF (1999). *World Economic Outlook*. Washington, D.C.: IMF.
- Karlhofer, F. (1996). The Present and Future State of Social Partnership. In G. Bischof & A. Pe-linka (Eds.), *Austro-Corporatism: past-present-future*. New Brunswick:.
- Karlhofer, F. and E. Tálos (1996). *Sozialpartnerschaft und EU*. Wien: Signum Verlag.
- Lehmbruch, G. (1984). Concertation and the structure of corporatist networks. In J. H. Goldthorpe (Ed.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*. Oxford:Clarendon Press.
- Levine, Ross and David Renelt (1992). A Sensitivity Analysis of Cross-Country Growth Regres-sions. *American Economic Review*, Vol. 82 (No. 4), 942-963.
- Mauro, Paolo (1995). Corruption and Growth. *Quarterly Journal of Economics*, 110 (3), 681-712.
- OECD (1999). *Employment Outlook*. Paris: OECD.
- Olson, Mancur (1982). *The Rise and Decline of Nations*. New Haven: Yale University Press.
- Pekkarinen, Jukka, Matti Pohjola, and Bob Rowthorn (1992). *Social Corporatism: A Superior Economic System?* Oxford: Clarendon Press.
- Rodrik, Dani (1999). Where did all the growth go? External shocks, social conflict, and growth collapses. *Journal of Economic Growth*, 4 (4), 385-412.
- Schneider, Friedrich and Alexander Wagner (1999). Kosten und Nutzen der Österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft. Linz, University of Linz.
- Schneider, Friedrich and Alexander Wagner (2000). Shocks, Corporatism, and Economic Growth in the European Union. Linz, University of Linz.
- Tarantelli, E. (1986). The regulation of inflation and unemployment. *Industrial Relations*, 25 , 1-15.
- Wagner, Alexander F. (2000). *Institutions and Growth: Theoretical foundations and empirical evidence (Dissertation; work in progress)*, University of Linz.
- Winckler, G. (1985). Sozialpartnerschaft und ökonomische Effizienz. In P. Gerlich, E. Grande & W. C. Müller (Eds.), *Sozialpartnerschaft in der Krise: Leistungen und Grenzen des Neo-korporatismus in Österreich*. Wien; Graz:Böhlau.